

**Niederschrift über die Sitzung des Kreistages  
am Freitag, dem 05.04.2019, im Forum der Sparkasse Münsterland  
Ost, Freckenhorster Straße 69, 48231 Warendorf**

**Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 10:30 Uhr**

Seite

**I. Öffentlicher Teil**

- |     |   |                   |
|-----|---|-------------------|
| 1.  | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner  |                   |
| 2.  | Gleichstellungsplan 2019 bis 2024   | <b>046/2019</b>   |
| 3.  | Änderung der Allgemeinen Gebührensatzung des Kreises Warendorf                                    | <b>038/2019</b>   |
| 4.  | Ausweitung des Kapitalstocks  | <b>023/2019</b>   |
| 5.  | Anwendung des Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung kommunaler Gesamtabschlüsse             | <b>044/2019</b>   |
| 6.  | Fortschreibung des Nahverkehrsplans Kreis Warendorf - Abschließende Beratung                      | <b>018/2019/1</b> |
| 7.  | Direktvergabe RVM - Grundsatzbeschluss  | <b>033/2019</b>   |
| 8.  | Direktvergabe RVM - Delegationsvereinbarung zwischen den Münsterlandkreisen und der Stadt Münster | <b>036/2019</b>   |
| 9.  | Direktvergabe RVM - Delegationsvereinbarung Kreis Warendorf - Kreis Gütersloh                     | <b>026/2019</b>   |
| 10. | Direktvergabe RVM - Delegationsvereinbarung Kreis Warendorf - Kreis Soest                         | <b>021/2019</b>   |

11. Direktvergabe RVM - Delegationsvereinbarung Kreis Warendorf - Stadt Hamm **025/2019**
12. Änderung der Allgemeinen Vorschrift des Kreises Warendorf zu § 11 a Abs.2 ÖPNVG NRW **032/2019**
13. Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung der Mobilität **030/2019**
14. GkG-Vereinbarung zwischen dem Kreis Warendorf und der Stadt Telgte zum Betrieb eines Recyclinghofes **020/2019**
15. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Durchführung von Telefonserviceleistungen der Stadt Telgte durch den Kreis Warendorf **041/2019**
16. Einvernehmliche Beendigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Kreis Warendorf und der Stadt Sassenberg zur Wahrnehmung der Prüfung von Finanzvorfällen nach § 100 Abs. 4 LHO **056/2019**
17. Aufstellung der Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen (OVG NRW) **054/2019**
18. Umbesetzung in den Ausschüssen und Gremien des Kreises Warendorf **042/2019**
19. Anträge zum Thema Mobilität **002/2019**

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

1. Jährlicher Bericht des Landrates über seine Tätigkeiten **045/2019**

**Anwesend:**

<b>Vorsitz</b>
Gericke, Olaf, Dr.
<b>Mitglieder des Kreistages</b>
Arnkens-Homann, Dagmar
Berkhoff, Henrich
Birkhahn, Astrid
Blex, Christian, Dr.
Block, Susanne
Blömker, Franz-Ludwig
Budde, Heinrich
Buschkamp, Franz-Josef
Claßen, Anne
Diekhoff, Markus
Drestomark, Bernhard
Dufhues, Hannelore
Eisenhuth, Hans-Heinrich
Geiger, Andrea
Gerwing, Theresia
Grap, Valeska
Gutsche, Guido
Hamann, Maria
Harrendorf-Vorländer, Birgit
Hein-Kötter, Dorothea
Heringloh-Poll, Norbert
Hohmann de Palma, Ingrid
Holz, Günter
Hövelmann, Volker
Hugenroth, Bernhard
Kaup, Winfried
Kleene-Erke, Andrea
Kleibolde, Bernhard
Kozler, Thomas

Kreft, Peter  
Lehnert, Susanne, Dr.  
Lepper, Martin  
Luster-Haggeney, Rudolf  
Marx, Burkhard  
Mindermann, Ursula  
Möllmann, Rolf  
Nienkemper, Dorothea  
Ommen, Detlef  
Pries, Wilhelm  
Riveiro Vega, Sandra  
Schindler, Ron  
Schlösser, Ulrich  
Schmedding, Josef  
Schulze Westhoff, Stephan  
Starke, Dennis  
Stöppel, Gregor  
Strübbe, Robert  
Stumpenhorst, Lothar  
Tärner, Hedwig  
Tegelkämper, Paul  
Wagner, Natalie  
Westerwalbesloh, Florian

**von der Verwaltung**

Klausmeier, Brigitte  
Ottmann, Michael  
Rehers, Carsten  
Schreier, Petra  
Wessel, Katharina  
Funke, Stefan, Dr.  
Westbomke, Alfons

**Es fehlten entschuldigt:****Mitglieder des Kreistages**

Aydemir, Ergül

Multermann, Joachim

Poppenberg, Bernhard

Schulte, Stephan

Landrat Dr. Gericke eröffnet um 9.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreistages sowie die Vertreter der Presse.

Landrat Dr. Gericke stellt fest, dass der Kreistag mit Einladung vom 25.03.2019 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

Auf die Frage nach Einwendungen gegen die Tagesordnung meldet sich kein Mitglied zu Wort.

<b>I. Öffentlicher Teil</b>
-----------------------------

<b>1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner</b>	
--	--

Auf Nachfrage meldet sich keine Einwohnerin / kein Einwohner zu Wort.

**2. Gleichstellungsplan 2019 bis 2024****046/2019**

Frau Dezernentin Schreier geht auf den Gleichstellungsplan des Kreises Warendorf ein und berichtet über den aktuellen Stand der Gleichstellung von Männern und Frauen in den verschiedenen Bereichen der Kreisverwaltung.

Frau Grap (Die Grünen) ist erfreut über die positive Entwicklung im Bereich der Führungspositionen. Jedoch sehe sie im Bereich der Amtsleitungen Luft nach oben. Frau Grap erkundigt sich weiterhin nach dem geplanten Ausbau der Teilzeitmodelle.

Frau Dezernentin Schreier führt zu der Frage aus, dass das Führen in Teilzeit weiter ausgebaut werden soll. Oft seien die Bedenken zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Hindernis zur Übernahme einer Führungsposition.

Herr Dr. Blex (AfD) bemängelt die einseitige Bevorzugung von Frauen auf Kosten von Männern und macht deutlich, dass die AfD dem Gleichstellungsplan nicht zustimme.

Landrat Dr. Gericke entgegnet daraufhin, dass das Landesgleichstellungsgesetz (LGG) eine gute Durchmischung von Männern und Frauen in der Verwaltung gewährleisten soll. Ziel sei, die richtige Frau oder den richtigen Mann für die richtige Stelle zu finden.

Herr Gutsche (CDU) begrüßt den Plan und spricht sich dafür aus, sich von einer reinen Frauenförderung zu entfernen und die Gleichberechtigung auszubauen.

Herr Diekhoff (FDP) spricht sich dafür aus, bei einem neu entstandenen Ungleichgewicht auch in die andere Richtung gefördert werden müsse und nun die Männer an der Reihe seien.

Frau Birkhahn (CDU) betont die Wichtigkeit des Ausbaus der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, welcher sowohl Männer als auch Frauen betreffe.

Frau Arnkens-Homann (SPD) macht deutlich, dass die Verwaltungen ein enormes Personalproblem haben. Auf Ausbildungsstellen bewerben sich vorrangig Frauen. Auch seien Frauen oft besser qualifiziert als Männer. Es sei wichtig, das Leistungsprinzip nicht aus den Augen zu verlieren.

Frau Grap (Die Grünen) ist es wichtig, die passenden Rahmenbedingungen für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen.

Herr Diekhoff (FDP) macht nochmal deutlich, dass bei gleichen Bedingungen für Männer und Frauen die gleichen Rechte gelten sollen.

Frau Nienkemper (FWG) hebt die Bedeutung des LGG und die Wichtigkeit zur Stärkung der Frauen hervor, um Beruf und Familie vereinbaren zu können.

Herr Schlösser (Die Grünen) fasst zusammen, dass die Qualifizierung von Bewerbern im Vordergrund stehen sollte und wir noch weit von einer von Frauen dominierten Verwaltung entfernt seien.

**Beschlussvorschlag:**

Als Fortschreibung des bisherigen Frauenförderplans wird der Gleichstellungsplan 2019 bis 2024 für die Kreisverwaltung Warendorf für die Zeit vom 01.07.2019 bis zum 30.06.2024 beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich angenommen  
Nein 1 (AfD)

3.	<b>Änderung der Allgemeinen Gebührensatzung des Kreises Warendorf</b>	<b>038/2019</b>
----	---	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Die Allgemeine Gebührensatzung des Kreises Warendorf wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

**4. Ausweitung des Kapitalstocks****023/2019**

Herr Lepper (Piraten) erkundigt sich nach der Höhe der Obergrenze der Cap-Anleihe. Herr Dr. Funke antwortet darauf, dass dies von der Laufzeit abhängig sei. Je kürzer die Laufzeit sei, desto niedriger sei die Obergrenze. Bei 8 Jahren könne sie bei 123 % - 125 % liegen, bei 10 Jahren Laufzeit auch schon bei 155 % - 160 %. Der Vertrag sei noch nicht abgeschlossen, die konkreten Angebote werden in den nächsten Wochen eingeholt.

**Beschlussvorschlag:****für den Finanzausschuss:**

Zur Kenntnis. (Beratung und Beschlussfassung im nichtöffentlichen Teil, s. Vorlage Nr. 024/2019)

**für den Kreisausschuss und Kreistag:**

1. Die Verwaltung wird auf der Basis des vorliegenden Angebots und der Beratungen und Präsentationen im Finanzausschuss beauftragt, einen Vermögensverwaltungsvertrag mit der Baden-Württembergischen Bank (BW-Bank) abzuschließen und in 2019 je nach Entwicklung der Finanzmärkte mind. 5,0 Mio. € einzuzahlen.
2. Ebenso wird die Verwaltung beauftragt, in 2019 den Betrag von 1,05 Mio. € in die in der Vorlage beschriebene sog. Cap-Anleihe einzuzahlen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>5.</b>	<b>Anwendung des Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung kommunaler Gesamtabschlüsse</b>	<b>044/2019</b>
-----------	--	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Von der Möglichkeit der Anwendung des Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung kommunaler Gesamtabschlüsse (Anlage 1) wird Gebrauch gemacht.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>6.</b>	<b>Fortschreibung des Nahverkehrsplans Kreis Warendorf - Abschließende Beratung</b>	<b>018/2019/1</b>
-----------	---	-------------------

Herr Drestomark (Die Grünen) bittet darum, die Punkte 1-3 der Vorlage getrennt abzustimmen.

Herr Ommen (SPD) hebt hervor, dass der Plan ein Ergebnis sei, welches sich sehen lassen könne.

Herr Diekhoff (FPD) macht deutlich, dass die FDP der Vorlage zum Nahverkehrsplan nicht zustimmen könne.

Herr Gutsche (CDU) und Frau Nienkemper (FWG) begrüßen den Plan und freuen sich, diesen weiterzuentwickeln und den öffentlichen Personennahverkehr zu stärken.

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Den Beschlussvorschlägen der Verwaltung zu den im Beteiligungsverfahren nach § 9 ÖPNVG NRW eingegangenen Stellungnahmen sowie Beratungsergebnissen im Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Planung wird zugestimmt (siehe Anlage).
2. Der 3. Nahverkehrsplan wird unter Berücksichtigung der unter Punkt 1 genannten Änderungen gemäß § 9 Abs. 4 ÖPNVG beschlossen.
3. Im Fachausschuss wird jährlich über den Sachstand der Umsetzung des Nahverkehrsplans berichtet.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich angenommen

**7. Direktvergabe RVM - Grundsatzbeschluss****033/2019****Beschlussvorschlag:**

1. Der Kreis Warendorf beabsichtigt, die Regionalverkehr Münsterland GmbH gemeinsam mit den Kreisen Borken, Coesfeld und Steinfurt vom 01.01.2021 bis zum 31.12.2030 mit der Erbringung gemeinwirtschaftlicher öffentlicher Verkehrsleistungen im Gebiet der Kreise Borken, Coesfeld, Steinfurt und Warendorf einschließlich abgehender Linien in benachbarte Gebiete im Wege der Direktvergabe bzw. Inhouse-Vergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags nach Art. 3 Abs. 1 VO 1370/2007 zu betrauen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Absicht zur Direktvergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags an die Regionalverkehr Münsterland GmbH nach Art. 7 Abs. 2 VO 1370/2007 unter Beachtung der geltenden gesetzlichen Fristen im Amtsblatt der Europäischen Union zu veröffentlichen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Schritte zur Vorbereitung der Direktvergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags an die Regionalverkehr Münsterland GmbH vorzunehmen und den Entwurf eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags zu erarbeiten.
4. Die Verwaltung wird weiter dazu ermächtigt, eine Vereinbarung über eine kommunale Arbeitsgemeinschaft gemäß §§ 2 und 3 GkG NRW zur Integration von Verkehrsleistungen mit den Kreisen Borken, Coesfeld, Steinfurt, Unna, Soest und dem Hochsauerlandkreis sowie den Städten Münster und Hamm auszuarbeiten und abzuschließen, sofern dies aus Rechtsgründen für die beabsichtigte Direktvergabe gemäß Beschlusstenor zu 1 erforderlich sein sollte.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>8.</b>	<b>Direktvergabe RVM - Delegationsvereinbarung zwischen den Münsterlandkreisen und der Stadt Münster</b>	<b>036/2019</b>
-----------	--	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Landrat wird beauftragt, eine öffentliche-rechtliche Vereinbarung gemäß Anlage mit der Stadt Münster und den weiteren Münsterlandkreisen über die Übertragung der Zuständigkeit für die Vergabe von Linienverkehren (Linienabschnitte) abzuschließen.
2. Der Landrat wird ermächtigt, Änderungen des Entwurfs der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gemäß Anlage nach Vorgabe der Kommunalaufsicht vorzunehmen, die die materiellen Regelungen unberührt lassen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>9.</b>	<b>Direktvergabe RVM - Delegationsvereinbarung Kreis Waren-</b> <b>dorf - Kreis Gütersloh</b>	<b>026/2019</b>
-----------	--	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

3. Der Landrat wird beauftragt, eine öffentliche-rechtliche Vereinbarung gemäß Anlage mit dem Kreis Gütersloh über die Übertragung der Zuständigkeit für die Vergabe von Linienverkehren (Linienabschnitte) abzuschließen.
4. Der Landrat wird ermächtigt, Änderungen des Entwurfs der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gemäß Anlage nach Vorgabe der Kommunalaufsicht vorzunehmen, die die materiellen Regelungen unberührt lassen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>10.</b>	<b>Direktvergabe RVM - Delegationsvereinbarung Kreis Waren-</b> <b>dorf - Kreis Soest</b>	<b>021/2019</b>
------------	--	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

5. Der Landrat wird beauftragt, eine öffentliche-rechtliche Vereinbarung gemäß Anlage mit dem Kreis Soest über die Übertragung der Zuständigkeit für die Vergabe von Linienverkehren (Linienabschnitte) abzuschließen.
6. Der Landrat wird ermächtigt, Änderungen des Entwurfs der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gemäß Anlage nach Vorgabe der Kommunalaufsicht vorzunehmen, die die materiellen Regelungen unberührt lassen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>11.</b>	<b>Direktvergabe RVM - Delegationsvereinbarung Kreis Waren-</b>	<b>025/2019</b>
	<b>dorf - Stadt Hamm</b>	

**Beschlussvorschlag:**

7. Der Landrat wird beauftragt, eine öffentliche-rechtliche Vereinbarung gemäß Anlage mit der Stadt Hamm über die Übertragung der Zuständigkeit für die Vergabe von Linienverkehren (Linienabschnitte) abzuschließen.
  
8. Der Landrat wird ermächtigt, Änderungen des Entwurfs der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gemäß Anlage nach Vorgabe der Kommunalaufsicht vorzunehmen, die die materiellen Regelungen unberührt lassen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

12.	<b>Änderung der Allgemeinen Vorschrift des Kreises Warendorf zu § 11 a Abs.2 ÖPNVG NRW</b>	<b>032/2019</b>
-----	--	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreis Warendorf beschließt, die Satzung „Allgemeine Vorschrift des Kreises Warendorf zu § 11a Abs. 2 ÖPNVG NRW“ vom 08.08.2011 nach Maßgabe der als Anlage beigefügten 2. Änderungssatzung außer Kraft zu setzen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>13.</b>	<b>Richtlinien über die Gewährung von Vorschüssen zur Förderung der Mobilität</b>	<b>030/2019</b>
------------	---	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Kreistag beschließt die als Anlage beigefügten Richtlinien über die Gewährung von Vorschüssen zur Förderung der Mobilität.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt bei zukünftigen gesetzlichen Änderungen die Gehaltsvorschussrichtlinien zur Förderung der Mobilität anzupassen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>14.</b>	<b>GkG-Vereinbarung zwischen dem Kreis Warendorf und der Stadt Telgte zum Betrieb eines Recyclinghofes</b>	<b>020/2019</b>
------------	--	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Dem Abschluss der Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Kreis Warendorf und der Stadt Telgte über die Durchführung des Betriebs des Recyclinghofes sowie der Einsammlung und Beförderung der dort angelieferten Abfälle zwischen dem Kreis Warendorf und der Stadt Telgte wird vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksregierung zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

15.	<b>Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Durchführung von Telefonserviceleistungen der Stadt Telgte durch den Kreis Warendorf</b>	<b>041/2019</b>
-----	--	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Vereinbarungsentwurfs eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Telgte abzuschließen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, über das Förderprogramm „Interkommunale Zusammenarbeit“ gemäß der Richtlinie über die Förderung von Kooperationsprojekten interkommunaler Zusammenarbeit in Nordrhein-Westfalen (Förderrichtlinie IKZ NRW) eine mögliche Förderung zu beantragen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

16.	<b>Einvernehmliche Beendigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Kreis Warendorf und der Stadt Sassenberg zur Wahrnehmung der Prüfung von Finanzvorfällen nach § 100 Abs. 4 LHO</b>	<b>056/2019</b>
-----	---	-----------------

Herr Dr. Funke erläutert die Hintergründe der Beendigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung. Der Landesrechnungshof nehme die Aufgabe nun selbstständig wahr, wodurch die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Kreis Warendorf und der Stadt Sassenberg gekündigt werden könne. Durch das Wegfallen der Aufgabe fallen jährlich Einnahmen in Höhe von 6.000 Euro weg. Es werde geprüft, in welchen Bereichen der Rechnungsprüfung der Kreis Warendorf mit den Städten und Gemeinden zusammenarbeiten könne.

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis des als Anlage beigefügten Entwurfes eine einvernehmliche Beendigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Kreis Warendorf und der Stadt Sassenberg zur Wahrnehmung der Prüfung von Finanzvorfällen nach § 100 Abs. 4 LHO herbeizuführen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

17.	<b>Aufstellung der Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen (OVG NRW)</b>	<b>054/2019</b>
-----	--	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag wählt die als Anlage beigefügte Liste mit 4 Personen, die der Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter vorgeschlagen werden.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>18.</b>	<b>Umbesetzung in den Ausschüssen und Gremien des Kreises Warendorf</b>	<b>042/2019</b>
------------	---	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Auf den beiliegenden Antrag der Arbeiterwohlfahrt Unterbezirk Ruhr-Lippe-Ems „Meldung eines neuen Mitgliedes für den Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien“ wird verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

**19. Anträge zum Thema Mobilität****002/2019****Antrag der FWG zum Thema „Fördermittel für WLAN-Hotspots“ vom 03.04.2019**

Vor den Anträgen zum Thema Mobilität gibt Herr Dr. Funke Erläuterungen zum Antrag der FWG vom 03.04.2019. Beantragt wurde, dass sich der Kreis Warendorf um ein Förderprogramm bemüht, mit welchem europaweit in den Kommunen bis zum 8.000 WLAN-Hotspots gefördert werden können. Jede Kommune könne 15.000 Euro erhalten. Bereits im letzten Jahr habe sich der Kreis Warendorf für das Förderprogramm registriert. Nach der Registrierung stellte sich jedoch heraus, dass dieses Programm für Kreise nicht geöffnet ist und lediglich Städte und Gemeinden daran teilnehmen können. Eine Übertragung der Gutscheine von den Städten auf den Kreis sei sehr umständlich. Herr Dr. Funke betont, dass es dem Kreis Warendorf wichtig sei, den Besuchern kostenfreies WLAN zur Verfügung zu stellen. In den Sitzungsräumen, den Berufskollegs und auf Haus Nottbeck seien bereits WLAN-Hotspots eingerichtet worden. In Liesborn und in den Jobcentern sei der Ausbau bereits geplant. Landrat Dr. Gericke schlägt vor, die Angelegenheit in der Bürgermeisterrunde zu besprechen.

Landrat Dr. Gericke wechselt inhaltlich zu den Anträgen zum Thema Mobilität von der FWG und der CDU.

Frau Nienkemper (FWG) zeigt sich enttäuscht darüber, dass sich die Politik im Kreis Warendorf so zurückhaltend gegenüber Innovation verhalte.

Herr Ommen (SPD) und Herr Gutsche fassen die Diskussionen aus dem Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Planung sowie dem Kreisausschuss zusammen. Im Ergebnis sollen innovative Antriebstechnologien unterstützt werden, jedoch sollte diese nicht allein auf den Wasserstoffantrieb beschränkt werden.

**Beschluss des Antrags der Kreistagsfraktion der FWG:**

1. Die Vertreter in der Gesellschafterversammlung und im Aufsichtsrat der Westfälischen Landeseisenbahn GmbH werden beauftragt sich für den Einsatz von Wasserstoff betriebenen Zügen auf einer für den Personenverkehr reaktivierten WLE-Strecke – insbesondere der Strecke zwischen Münster und Sendenhorst – einzusetzen.
2. Die Möglichkeit einer Vorort-Produktion und Lagerung des erforderlichen Wasserstoffs wird geprüft, in den zuständigen Gremien vorgestellt und beraten.
3. Die Förderung aus den Förderbereichen für regenerative Energien ist zu prüfen und in den Beratungen in den zuständigen Gremien einzubeziehen.

**Abstimmungsergebnis:****mehrheitlich abgelehnt**

Ja: 3

Nein: 49

Enthaltung: 0

**Beschluss des Antrags der Kreistagsfraktion der CDU:**

1. Die Verwaltung prüft eine münsterlandweite Untersuchung zu den Rahmenbedingungen alternativer Antriebe, **unter anderem** Wasserstoff, für öffentliche Verkehrsmittel auf der Straße und Schiene, auch für reaktivierte Strecken.
2. Die Verwaltung prüft hierbei die Möglichkeit, diese Untersuchung in das Projekt „Mobiles Münsterland“ einzubinden.
3. Die Verwaltung prüft die Möglichkeiten, für diese Untersuchung, Fördermittel zu akquirieren.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Wirtschaft, Umwelt und Planung über den Stand der Entwicklung unter Einbindung der Beteiligten WLE, RVM, ZVM/NWL zu berichten.
5. Wasserstoff kann ein zunehmend wichtiger werdender Speicher bei integrierten Energiesystemen sein. So beträgt die Gesamtspeicherkapazität der 510.000 km Erdgasleitungen in Deutschland rund 200 TWh jährlicher Speicherkapazität, wovon max. 10 Volumen% Wasserstoffanteil sein können. Das Münsterland ist einer der Hauptproduzenten alternativer Energien. Die Verwaltung wird gebeten zu untersuchen, ob und wie dieses Potential mit regionalen Partnern (z.B. lokale Energieerzeuger, Stadtwerke, Tankstellenbetreiber) im Rahmen einer Wertstoffkette erschlossen werden könnte

**Abstimmungsergebnis:****mehrheitlich angenommen**

Ja: 46

Nein: 1

Enthaltung: 5

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Landrat Dr. Gericke um 10:30 Uhr die Sitzung.

Dr. Olaf Gericke  
Landrat

Dr. Stefan Funke  
Schriftführer